

Mietpreisbremse: Regierung bringt enorme Entlastung für 1,5 Millionen Haushalte!

Neues Gesetz zur Mietpreisbremse in Österreich: Künftige Entlastungen für Mieter:innen bis 2027 und Maßnahmen gegen hohe Wohnkosten.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Wien erlebt einen großen Wandel auf dem Wohnungsmarkt! Die neue Regierung aus SPÖ, ÖVP und Neos hat beschlossen, Mieten in Altbau-, Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen vorübergehend einzufrieren. Dies ist eine Antwort auf die stark steigenden Wohnkosten, die durch hohe Inflation geprägt sind. Der Beschluss, der als eine der ersten Maßnahmen der frisch gebildeten Dreierkoalition gilt, wird mindestens bis Ende 2025 durchgesetzt. Staatssekretärin Michaela Schmidt betonte, dass ohne dieses Eingreifen Mieten bereits im April um drei bis vier Prozent steigen würden, weshalb es dringend notwendig war,

eine Mietpreisbremse einzuführen, wie [Parlament.gv.at](https://www.parlament.gv.at) berichtete.

Konkret werden die Mieten gedeckelt

Ab jetzt gilt ein Mietpreis-Stopp für das Jahr 2025! Für 2026 müssen Mieter mit einer maximalen Erhöhung von nur 1 Prozent und 2027 mit 2 Prozent rechnen. Dieser Schritt kommt mehr als einer Million Haushalten zugute und soll den Wohnungsmarkt nachhaltig stabilisieren, indem er die Mehrbelastungen der vergangenen Jahre abfängt. SPÖ-Wohnbausprecherin Elke Hanel-Torsch wies darauf hin, dass die Entlastung gerade für Mietwohnungen, die nicht unter das Mietrechtsgesetz fallen, enorm wichtig ist. Sie klärte zudem, dass zukünftige Änderungen am Mietrecht auch eine längerfristige Stabilität für Mieter bieten sollen, inklusive der Erhöhung der Mindestbefristungsdauer von Mietverträgen auf fünf Jahre, wie [OTS.at](https://www.ots.at) feststellte.

Die Gemüter sind gespalten: Während die Regierungsparteien den Beschluss als großen Fortschritt feiern, empfinden die Grünen und die FPÖ die getroffenen Maßnahmen als unzureichend. Der Einsatz von Mietpreisänderungen sei nicht genug, um der beunruhigenden Wohnsituation entgegenzuwirken. Die Grünen haben kürzlich einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem sie einen umfassenderen Mietpreisstopp bis Ende 2026 fordern. Trotz der Einwände sieht die Regierung den neuen Mietstopp als entscheidenden Schritt zur finanziellen Entlastung der Bevölkerung an, der im nächsten Jahr zu Einsparungen von 140 Millionen Euro führen könnte.

Details	
Vorfall	Regionales
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.parlament.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at